

BERLIN

Land zahlt 58 Millionen Euro für Unterhalt

Jugendämter müssen für Väter einspringen

JENS ANKER

Die Berliner Jugendämter haben im vergangenen Jahr 58 Millionen Euro Unterhalt für Kinder gezahlt, den die Eltern, die getrennt von ihren Kindern leben, nicht leisten konnten. Nur knapp neun Millionen Euro konnten die Berliner Behörden von den Vätern oder Müttern zurückfordern, die ihrer Unterhaltspflicht nicht nachgekommen waren.

Der weitaus größte Teil der säumigen Elternteile waren übrigens Väter, aber auch getrennt von ihren Kindern lebende Mütter sind mit ihren Unterhaltszahlungen häufig im Rückstand. Nach dem sogenannten Unterhaltsvorschussgesetz springt das Land ein, wenn ein Elternteil keinen Unterhalt zahlt oder nicht zahlen kann. In diesem

Fünf Millionen Euro konnten von Eltern zurückgefordert werden

Jahr beläuft sich die Summe der vom Land Berlin erbrachten Unterhaltszahlungen auf knapp 28 Millionen Euro, nur fünf Millionen Euro konnten erfolgreich bei den Eltern zurückgefordert werden.

Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2013 hat sich die Rückholquote damit leicht von 16 auf fast 19 Prozent erhöht. Nach Angaben der Senatsjugendverwaltung ist allerdings unklar, wie viel Geld überhaupt wieder von den getrennt von den Kindern lebenden Elternteilen zurückgefordert werden kann. Haben die allein lebenden Eltern kein Geld, dann zahlt das Land den Unterhalt, ohne ihn später zurückzufordern zu können. Ein erwerbstätiger, getrennt von der Familie lebender Elternteil mit Schulkindern bis 21 Jahren darf 1000 Euro im Monat für den eigenen Bedarf behalten, bevor er Unterhalt an das gemeinsame Kind zahlen muss.

Vor dem Hintergrund der verbesserten Wirtschaftslage Berlins registriert die Verwaltung eine leicht verbesserte Zahlungsmoral bei den unterhaltspflichtigen Eltern. „Mehr familienferne Elternteile sind in Lohn und Brot mit über dem Selbstbehalt liegenden Einkünften“, sagte der Sprecher der Senatsjugendverwaltung, Ilja Koschembar.



JULIAN ROSEFELDT / GALERIE ARNDT

Ist das nicht romantisch?

Der Künstler Julian Rosefeldt stellt in der Galerie ARNDT in Mitte (Potsdamer Straße 96) mit ausgewählten Foto- und Videoarbeiten die Frage: Wer sind wir (Deutschen)? Seit dem 15. Juli kann man dort die Foto- und Filmarbeiten unter dem Titel „Meine Heimat ist ein düsteres, wolkenverhangenes Land“ bestaunen. Es wird ein Querschnitt des Rosefeldt-Werkes gezeigt und damit auch die Jahre andauernde Zusammenarbeit zwischen Galerie und Künstler gefeiert. Benannt nach seiner Arbeit von 2011, die der Präsenz des deutschen Waldes auf den Grund geht, trägt die Ausstellung sicherlich auch ein Stück der deutschen Romantik in sich.

Suche nach dem Platz für Bücher

Parteien bringen neue Standorte für Landesbibliothek ins Gespräch

NADA WEIGELT UND JOACHIM FAHRUN

Eigentlich war alles schon eingetütet: Das Grundstück stand bereit, zwei preisgekrönte Architekturbüros arbeiteten an endgültigen Entwürfen, und 2016 sollte der erste Spatenstich erfolgen. Der Neubau einer „Superbibliothek“ für Berlin war das Prestigeprojekt für die Regierung von Klaus Wowereit (SPD). Doch der Volksentscheid gegen eine Bebauung des Tempelhofer Feldes im Mai hat die Pläne zunichtegemacht. Alles wieder zurück auf Null.

Seither ist in Berlin eine lebhafte Standortsuche ausgebrochen. Die Piratenpartei bringt nun das Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit ins Gespräch. Das Grundstück im Osten der Stadt mit dem heutigen Stasi-Museum gehöre dem Land, es sei bereits erschlossen und gut zu erreichen, sagte Piraten-Fraktionschef Martin Delius. „Wir sehen das

als einen sehr sinnvollen Vorschlag.“ Die stellvertretende Fraktionschefin der Linken und frühere Umweltsenatorin Katrin Lompscher hält neben einer Erweiterung der bisherigen Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) auch einen Neubau in der geplanten „Berliner Mitte“ zwischen Alexanderplatz und Spree für möglich. „Wenn der Senat Interesse an einer raschen Lösung hat, muss er endlich eine ordentliche Entscheidungsgrundlage

Kultureinrichtung Berlins, platzt mit bis zu 1,5 Millionen Nutzern im Jahr aus allen Nähten. Zudem ist sie auf drei Standorte verteilt – die AGB in Kreuzberg, die Berliner Stadtbibliothek in Mitte und ein großes Außenmagazin. Wer Pech hat, muss für fachübergreifende Recherchen zwischen den Häusern pendeln. „Berlin braucht eine starke öffentliche Zentralbibliothek und zukunftsfähige Lösungen für die derzeit unzureichende Situati-

nur 7500 Quadratmeter Nutzfläche. In der bisherigen Planung für den Neubau waren die Experten von mehr als 50.000 Quadratmetern ausgegangen. Ein neues Bibliotheksgebäude auf der nebenan gelegenen Grünfläche müsste sechs Mal größer werden als die AGB. Auch die Betriebsabläufe ließen sich in einer erweiterten AGB nicht optimal gestalten, sodass 20 bis 30 Prozent mehr Mitarbeiter in Magazinen und Publikumsflächen benötigt würden als derzeit, was die laufenden Personalkosten der ZLB um 1,5 Millionen Euro pro Jahr nach oben treiben würde. Die Grünen sehen dagegen gute Chancen, ihre Lieblingsidee von einer Sanierung des alten Flughafens Tempelhof umzusetzen. Die Anlage könnte neben dem Bibliotheksbetrieb auch Museen, Ateliers und Probenräume für Kreative aufnehmen und so zu einem „Kulturhafen Tempelhof“ werden, sagt die Grünen-Kulturexpertin Sabine Bangert.

„Berlin braucht eine starke öffentliche Zentralbibliothek“

Volker Heller, Vorstand der Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin

vorlegen. Einen Blankoscheck wird es von uns nicht geben“, sagt sie.

Dass etwas passieren muss, darin sind sich alle einig. Die bisherige Zentral- und Landesbibliothek (ZLB), meistbesuchte

on“, drängt Stiftungsvorstand Volker Heller, der kürzlich in einem Interview seine Vorliebe für eine Erweiterung der Amerika-Gedenkbibliothek am Blücherplatz bekundete. Allerdings: Das Gebäude in Kreuzberg hat bisher

Vor Gericht: 72-Jähriger dealte mit Marihuana

Vorbesterter Rentner gibt zu, im großen Stil mit der Droge gehandelt zu haben

Ein 72 Jahre alter Rentner aus Berlin hat knapp sechs Monate nach seiner Verhaftung vor einer Moabiter Strafkammer nun zugegeben, im großen Stil mit Cannabis gehandelt zu haben.

Der vielfach vorbestrafte Hermann B. erklärte gestern vor Gericht, er habe von einem Zwischenhändler zwei Mal jeweils ein Kilogramm Marihuana gekauft. Pro Kilogramm habe er dem Zwischenhändler dann 7000 Euro gezahlt. Weitergege-

ben habe er das Marihuana jedoch an seine Kunden für zehn Euro pro Gramm, bei größeren Abnahmemengen auch für acht Euro pro Gramm.

Der Angeklagte sagte, er habe mit dem Marihuana-Handel seinen eigenen Drogenkonsum finanziert. Verkauft hatte Hermann B. das Cannabis in seiner eigenen Wohnung an der Auguststraße in Mitte. Kunden seien angeblich fast ausnahmslos Erwachsene gewesen. Nur in ei-

nem Fall, der ihm von der Staatsanwaltschaft mit Foto und Adresse nachgewiesen werden kann, habe er zwei oder drei Gramm Marihuana an einen 15-jährigen Jungen verkauft. Angeblich aber auch nur auf ausdrücklichen Wunsch des Vaters, der ebenfalls bei ihm Kunde gewesen sein soll.

Die Berliner Staatsanwaltschaft geht allerdings davon aus, dass Hermann B. sehr oft Rauschgift an verschiedenste Ju-

gendliche verkaufte. Eine Nachbarin des Angeklagten bestätigte das vor Gericht. Die 27 Jahre alte Rechtsreferendarin sagte, es seien beinahe täglich 40 bis 60 Kunden bei dem Angeklagten erschienen. Unter ihnen sollen immer wieder sehr junge Männer, um die sie sich „Sorgen gemacht“ habe und die sie „am liebsten nach Hause zu Mama geschickt“ hätte, gewesen sein. Der Prozess gegen den 72-Jährigen wird fortgesetzt.